

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Dannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 261.

59. Jahrgang.

Sonnabend, den 9. November

1912.

Die Fußwege

zeigen jetzt große Vernachlässigung. Am häufigsten ist inmitten der Fußwege eine solche Erhöhung zu finden, die das Laufen sehr erschwert und die Gefahr des Ausgleitens erhöht. Die Grundstücksbesitzer und Verwalter werden an ihre Verpflichtung erneut erinnert. Zum mindesten sind die Fußwege jetzt so zu ebnen, daß sie leicht und ohne Gefahr begangen werden können.

Stadtrat Eibenstock, den 7. November 1912.

Neuwahl der Generalversammlungs-Vertreter der Ortskrankenkasse für das Handwerk und sonst. Betriebe

Sonnabend, den 9. November 1912, abends 8 Uhr

in Unger's Restaurant am Albertplatz.

Das Treiben um und auf dem Balkan.

Nachgerade unterscheidet sich das Tohuwaboju an Meldungen, die vom Balkan kommen, von dem, die um den Balkan von diplomatischen Schritten einlaufen, nicht mehr. Auch die letzteren klagen einander sehr widersprüchlich. Das ermüdet natürlich auf die Dauer, und die Geschichte ist bei einem langweiligen Kapitel angekommen. Gestern meldete die „Köln. Ztg.“ — allerdings mit Vorbehalt — die Bulgaren hätten die Tschataldschalinie genommen. Heute hört man nichts mehr davon, nur das eine scheint festzustehen, daß dort heftig gekämpft wird. Die Türken scheinen mit neuen Reserven neue Widerstandslust bekommen zu haben und wollen nun den „Krieg bis auf den letzten Mann“, wie sich die schlecht bewährten Türken phrasenhaft auszudrücken belieben, führen. Nachstehend die eingelaufenen Nachrichten über die kriegerischen Vorgänge:

Konstantinopel, 7. November. Zwischen 40.000 Mann bulgarischer Truppen und einem türkischen Armeekorps ist ein Kampf im Gange, der noch fort dauert. In Konstantinopel herrscht andauernde Ruhe. Mehrere Fremde, die bereits gestrichelt waren, sind in ihre Wohnungen zurückgekehrt. Die Postverbindung zwischen Adrianopel und Konstantinopel ist wieder hergestellt. (Das mag glauben, wer will.) Alle Gerüchte vom Falle Adrianopels sind unbegründet.

Konstantinopel, 7. November. Die Blätter veröffentlichen Privatdepeschen aus Adrianopel, wonach die Garnison gestern einen erfolgreichen Ausfall unternommen hätte. Die Artillerie der Türken habe die Stellungen der Bulgaren bei Marasch mit großem Erfolg beschossen, so daß die bulgarische Armee Verstärkungen heranziehen mußte. In dessen wurden diese durch das türkische Feuer zurückgehalten und konnten infolgedessen nicht herankommen. Das bulgarische Proviantmagazin wurde durch türkische Granaten zerstört.

Die Bulgaren reden selbst nicht von einer Durchbrechung der Tschataldschalinie, sie beschränken sich mehr darauf, ihre bisherigen Erfolge mit denen, die zu erwarten sind, ins rechte Licht zu setzen:

Stara Zagora, 7. November. Das Hauptquartier wird nach Nisilugatsch verlegt. Mit dem großen bulgarischen Siege bei Bunar Hisar gilt der Widerstand des türkischen Heeres bis vor die Linie von Tschataldscha als gebrochen. Einlaufende Meldungen bringen viele Einzelheiten über die Auflösung des türkischen Heeres. Zum ersten Male werden amtlich die bulgarischen Verluste mit 15.000 Mann genannt. Man hat darin einen Hinweis zu sehen auf die Opfer, die gebracht worden sind, um endgültig als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen.

Vom südlichen Kriegsschauplatz wird dann noch gemeldet, daß die Griechen Saloniki völlig eingeschlossen haben wollen, und vom westlichen, daß die Montenegriner bei Sutari um den Taraboschberg keine Lorbeeren zu pflücken bekommen. Diese kleineren Aktionen ausführlicher zu schildern, wäre phrasenraubend, deshalb mögen uns die Leser Gefolgschaft leisten an den grünen Tisch, wo nunmehr die Neuzeichnung der Balkankarte vorgenommen werden soll.

In erster Linie hat natürlich Bulgarien ein Recht, da ein Wörtchen mitzureden. Zunächst erklärt die bulgarische Regierung, daß sie mit der Form, unter welcher die Türkei den Frieden nachgesucht habe, nicht zufrieden sei. Man verlangt, die Türkei solle anerkennen, daß das Fortschreiten des Krieges ihren Untergang bedeute. Sie solle sich deshalb bereit zeigen, das aufzugeben, was die Verbündeten jetzt tatsächlich begehren hätten. Dann könne der Friede geschlossen werden. Aber so will man in der Türkei nicht. Mahmud Pascha, der zweite Generalstabschef, erklärte dem Großvezir namens der Armee, das Friedensangebot hätte den aller schlechtesten Eindruck auf das Militär gemacht, das von Intervention nichts hören, sondern

den Kampf bis zum letzten Mann fortsetzen wolle. Daraufhin habe die Pforte beschlossen, den Krieg mit aller Macht bis aufs äußerste fortzusetzen, um so mehr, als auch im Volke Unwille über den angestrebten Friedensschluß herrsche.

Inwieweit dieser neuerliche türkische Entschluß mit dem Friedensnachsuchen vereinbar ist, läßt sich noch nicht abschätzen, wie die Türkei sich indessen einen Frieden wünscht, geht aus nachstehender Depesche hervor: Wien, 7. November. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Zeit“ berichtet aus zuverlässiger Quelle, daß die Pforte die Fixierung einer Friedensbasis den Großmächten überlassen wolle und geneigt sei, den Status quo aufzugeben, wenn eine Formel für die türkische Oberhoheit gefunden würde.

Während der größte Teil der Mächte Europas das Ansuchen der Türkei, den Frieden herbeizuführen, erfüllen will, sorgt England dafür, Oesterreich in Reizzustand zu versetzen, während Serbien eine Tonart gegen Oesterreich anschlägt, die auch nicht gerade beruhigend wirkt:

Genoa, 7. November. Ein hiesiges, gut aus Rom bedientes Blatt erzählt, daß England durch seinen Botschafter einen Friedensvorschlag bekanntgab, der der Türkei europäisches Gebiet rettet, den Balkanstaaten Landentschädigungen statt der Kriegskosten zuweist, Rumänien und Oesterreich-Ungarn befriedigende Kompensationen verschafft, die Italien bewilligen könne, weil sie nicht territorialer Natur sind.

Ob ein solcher Vorschlag in Wirklichkeit gemacht worden ist, erscheint, ehe nicht eine amtliche Bestätigung erfolgt, ziemlich zweifelhaft. Wenn er aber erfolgt sein sollte, so dürfte es fraglich sein, ob Oesterreich geneigt ist, sich mit Kompensationen nichtterritorialer Art einverstanden zu erklären. — Und hier noch die Auffassung der Serben:

Paris, 7. November. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Belgrad meldet: Aus guter Quelle erfahre ich, daß der serbische Ministerrat beschlossen hat, auf die Einflüsterungen u. des Wiener Kabinetts, nach welchen Serbien jetzt alle Operationen in Albanien einstellen soll, nicht zu hören.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Zum Besuche Giulianos in Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In dem eigenhändigen Schreiben Sr. Majestät des Königs von Italien, das Sr. Majestät dem Kaiser von dem italienischen Minister des Aeußeren, Marquis di San Giuliano, bei der Audienz im Neuen Palais am 5. d. Mts. überreicht wurde, ist für den während des Tripolis-Krieges den Italienern gewährten deutschen Schutz warm gedacht worden. Sr. Majestät der Kaiser hat noch am selben Abend mit einem herzlichen Telegramm für das Handschreiben gedankt. — Staatssekretär von Aiderlen-Wächter besuchte Donnerstag nachmittag halb 4 Uhr den italienischen Minister Marquis di San Giuliano in der italienischen Botschaft und hatte eine Unterredung mit ihm, die länger als eine Stunde währte.

Bundesratsbeschluss. In der Sitzung des Bundesrates am Donnerstag wurde der Vorlage, betreffend den Abschluß eines Abkommens mit den Niederlanden über die zeitweilige zeitliche Zulassung der von Handlungsreisenden mitgeführten Muster die Zustimmung erteilt. Zur Annahme gelangten ferner der Antrag auf Errichtung einer Abrechnungsstelle im Schiffsverkehr bei der Reichsbank in Magdeburg, der Antrag, betreffend Einführung jährlicher Viehzählungen im Deutschen Reich, die Vorlage, betreffend Grundsätze für die Beistandsleistung in Fürsorge (Zwangsgeld-) Erziehungsangelegenheiten und für die Erstattung der entstehenden Kosten, die Vorlage, betreffend die Feststellung des Börsenpreises von Wertpapieren, der Entwurf ei-

ner Verordnung über die Beaufsichtigung bayerischer Versicherungsunternehmungen, die Vorlage, betreffend Aenderung des Militärtaarifes für Eisenbahnen und die Vorlage, betreffend Aenderung einiger Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung.

18 Millionen Mark zum weiteren Ausbau der Unterseeboote eingestellt. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ authentisch erfährt, sind im neuen Marinehaushaltsetat 18 Millionen Mark zum weiteren Ausbau der Unterseebootsflotte eingestellt.

Aenderungen im Postschiffverkehr. Der neue Postschiffgesetzentwurf liegt vor. Die wichtigsten Bestimmungen lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die bisherige Steuerungsgebühr von 7 Pfg. bei mehr als 600 Buchungen ist gestrichen. Statt 100 Mark werden als Mindestposten der Stammeinlage 50 Mark verlangt, an Gebühren hat der Einzahler 10 Pfg. für Einzahlung mittels Zahlkarte zu entrichten, der Auftraggeber 5 Pfg. bei Auszahlungen. Die Guthaben sind unverzinslich. Bei Ueberweisungen auf ein anderes Konto werden 3 Pfg. Gebühren erhoben. Endlich erhält der Reichskanzler die Möglichkeit mit Zustimmung des Bundesrates, letztere Gebühr herabzusetzen und daneben unbeschränkt durch diesbezügliche Bestimmungen nach Bedarf auf eine Erleichterung des Verkehrs hinzuwirken. Damit ist man den zahlreichen Anregungen aus Industrie- und Handelskreisen entgegengekommen.

Angesprochene Behauptung der Volksstimme. Der bekannte nationalliberale Abgeordnete Schiffer-Magdeburg hat gegen die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme Einspruch wegen Beleidigung gestellt, weil das Blatt behauptete, Schiffer habe bei der Präsidentenwahl im Reichstage für den Abgeordneten Bebel gestimmt. Hier wird sich's ja wiederum einmal erweisen, inwieweit die Erzgebirgische Volksstimme mit leichtfertigen Behauptungen (wenn einem bürgerlichen Blatte das passiert, würde sie den Ausdruck „Lüge“ bei der Hand haben) umgeht.

Rußland.

Russische Warnung an Oesterreich. In einem inspirierten halb-offiziösen Artikel mit der Ueberschrift „Die Zeiten ändern sich“ richtet die „Birshewija Bedomosti“ eine Warnung an Oesterreichs Adresse, die ziemlich aggressiv formuliert ist. Es wird in dem Artikel mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß Rußland wohl gerüstet sei und über ein mächtiges Heer verfüge. Rußland sei nicht mehr in einer ohnmächtigen Lage wie im Jahre 1908. Es heißt weiter, daß Serbien durch seine siegreichen Waffentaten neugestärkt sei und sich vergrößert habe und daß es einen eigenen Hafen am Adriatischen Meer haben müsse. Darauf werde Rußland bestehen. Die Stimmung in Petersburg und im Lande gegenüber Oesterreich wird augenblicklich besonders durch die Agitation der panslawistischen Kreise ungünstig beeinflusst.

Frankreich.

Eine Rede Delcassés. Marineminister Delcassé wies bei einem Festmahle aus Anlaß des Verkaufs des Ueberdreadnoughts „France“ auf die Fortschritte der französischen Schiffbautechnik und Beschäftigung hin, die niemand enttäuschen würden, der ihnen Vertrauen schenkte. Der Minister fügte hinzu, daß Frankreich mehr und mehr von der wichtigen Rolle seiner Marine und der wirksamen Mithilfe seiner Geschwader in einem Kampfe durchdrungen sei, der ihm zur Verteidigung des nationalen Bodens aufzuzwingen werden könnte. Frankreich werde mit Entschiedenheit, Methode, Eifer und Ausdauer seine Pläne neugestalten.

Amerika.

Zur Präsidentenwahl in Amerika. Wilson fordert in einer Erklärung, die an die Fortschritt-